

Russland bemüht sich, den in den 1990er-Jahren verlorenen Status einer Wissenschaftsnation zurückzugewinnen. Diesem Wunsch stehen die Korruption und Profitgier der „Eliten“ im Wege.

„Wer Geld verdienen will, der geht doch nicht in die Wissenschaft!“ – diese eigentlich gut gemeinten Worte von Präsident Dimitrij Medwedew (auf dem Treffen mit Studenten und jungen Wissenschaftlern am 18. März 2010), mit welchen er den jungen russischen Akademikern die Kreativität der wissenschaftlichen Arbeit näherbringen wollte, haben einen ganz anderen Effekt gehabt als erwartet und sorgten im Frühjahr 2011 für Aufregung in der russischen akademischen Community. Denn das, was von den russischen Wissenschaftlern als ein Schandfleck des postsowjetischen Russland empfunden wird, nämlich die chronische Unterfinanzierung der Wissenschaft, wurde vom Präsidenten als eine normale Gegebenheit dargestellt. „Geht doch ins Business“, riet der Präsident dem erstaunten wissenschaftlichen Nachwuchs, „dort lässt sich gutes Geld verdienen.“

Strahlende Pläne – korrupte Gegenwart

Seit Jahren proklamiert die russische Führung ihr angebliches Interesse an der „Wiedergeburt“ der russischen Wissenschaft, doch die wie von Medwedew in der Polemik verwendeten Worte verraten, dass sich die Einstellungen der offiziellen Eliten im heutigen Russland der

Wissenschaft gegenüber nur wenig von denen der „marktorientierten“ 1990er-Jahre unterscheiden. Die subventionsbedürftigen Forschungsrichtungen, primär fundamentale Wissenschaften, waren damals weitgehend entvölkert: Wer in Russland Geld verdienen wollte, ging nicht mehr in die Wissenschaft. Wer in der Wissenschaft Geld verdienen wollte, ging in den Westen. In den 1990er-Jahren erfreuten sich vor allem die US-Universitäten eines regen Zulaufs von hoch qualifizierten Professoren und wissenschaftlichem Nachwuchs aus dem postsowjetischen Raum; allein aus Russland wanderten in den 1990er-Jahren über drei Millionen Wissenschaftler aus.

Präsident Medwedew erklärt sich zum Freund der Wissenschaft und hofft, die ausgewanderten Wissenschaftler zurückzugewinnen. Und doch, wenn es um die Realitäten im heutigen Russland geht, wird das Handeln durch die kurzfristigen Profitinteressen und demonstrative Häme den „Hochstirnigen“ gegenüber geprägt. Gerade wenn es um die Wissenschaft geht, melden sich in der Psyche der russischen politischen und wirtschaftlichen Eliten die „wilden 1990er“ mit ihrem „Bereichere sich, wer kann!“ immer wieder zurück. Um eines der jüngsten Beispiele zu nennen: Weltweite Proteste, unter anderem aus Deutschland, waren erforderlich, um vor einem Jahr die Vernichtung der Saatgut- und Pflanzenkollektion des Wawilow-Forschungsinstituts zumindest vorübergehend zu stoppen. Neunzig Prozent der

dort gesammelten Pflanzenarten waren in keiner anderen Nutzpflanzensammlung der Erde zu finden, und doch hätte diese älteste Genbank der Welt beinahe der Profitgier der korrupten Lokalpolitik weichen müssen: Die Grundstücke, die die Forschungsstation des Instituts seit 1926 unbefristet beim Staat pachtete, sollten, weil so schön gelegen, zum Bauplatz für Luxuswohnungen für die „neuen Reichen“ werden. „Saat der Zwietracht soll weg vom Baufeld“, höhnten die von den Wirtschaftseliten finanzierten Medien. Beinahe wäre der Genschatz, der die Leningrad-Blockade während des Zweiten Weltkriegs überstand, den Interessen der mächtigen russischen Immobilienbosse zum Opfer gefallen.

Elitenförderung versus akademische Wissenschaft

Auf der offiziellen Ebene redet man laut von den strategischen Dimensionen der neuen russischen Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Auf Initiative von Präsident Medwedew wird im Moskauer Vorort Skolkowo in der Nähe der dubiosen „Rubljowka-Siedlungen“ der russischen „Eliten“ an einem „Innovationszentrum“ nach dem Vorbild des Silicon Valley gebaut. Von hier aus soll die „Erneuerung“ der russischen Wissenschaft starten, die sich nach den Vorstellungen von Medwedew auf fünf Säulen gründen soll: Energie, IT, Telekom, Biotech und Nukleartechnologie. Die Geisteswissenschaften werden in die ambitionierten Erneuerungsprogramme nicht einbezogen.

Doch allein schon die Auswahl des Ortes sorgt bei vielen russischen Wissenschaftlern für Unverständnis. In den Internet-Foren, in denen die rund um die Welt verstreuten russischen Wissenschaftler ihre Erfahrungen und Meinungen austauschen, fragt man sich, wieso man bei Moskau baut, anstatt die vorhandenen Strukturen der sogenannten Akademiker-Stadt („akademgorodok“)

bei Nowosibirsk auszubauen. Diese Kleinstadt wurde zu Sowjetzeiten aus strategischen Gründen in Sibirien als „Wissenschaftlerstadt“ gebaut und in die damals mächtige Akademie der Wissenschaften eingegliedert. Die „akademische“ Stadt verarmte zwar in den 1990ern mit der Akademie zusammen, verfügt allerdings über alle erforderlichen Infrastrukturen, um ein Gebiet nach dem Muster von Silicon Valley anzuschließen. Warum denn Skolkowo, wo es nichts außer einer Business School gibt, an der die Kinder der neuen Reichen lernen, sich als Russlands Herren zu fühlen? Ob das ein Zeichen ist, woran sich die neue russische Wissenschaft zu orientieren hat, fragen sich die Wissenschaftler. Geht es dem Präsidenten darum, in diesem Projekt seine alternative Vorstellung von der kommerziellen Zukunft der russischen Bildung und Wissenschaft zu verwirklichen? Denn es ist weder ihm noch Wladimir Putin während seiner Präsidentschaft gelungen, die immer noch mächtige Russische Akademie der Wissenschaften (RAN) unter dem Vorwand ihrer Reform zu enteignen. Seitdem bemühen sie sich, eine Art zweite Spitzenwissenschaft parallel zur Akademie aufzubauen, die, vorrangig finanziert, als „elitär“ gepriesen und mit staatlicher Unterstützung versehen, die akademische Wissenschaft langsam verdrängen soll. Auch Putin hatte hierzu Visionen, die nicht die von Medwedew waren: Sein vor einem Jahr in die Diskussion gebrachter Vorschlag, der „Akademikerstadt“ in Sibirien ein „Nano-Städtchen“ anzuschließen, wurde für viele zu einem weiteren Beweis der Konkurrenz im Tandem Medwedew/Putin. Unabhängige russische Experten bezeichneten allerdings beide Projekte als „Potemkinsche Dörfer“: „Es liegt ja nicht an der Wissenschaft, dass sie nicht effizient ist, sondern am Staat, dessen Wesen die Korruption ist“, so der

Direktor des Instituts für Globale Fragen, Professor Deljagin.

Die Volksbildung umbauen, aber wie?

Auseinandersetzungen über die Zukunft der Wissenschaft oder über die Reform der Akademie der Wissenschaften waren bei all ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz doch eher in den intellektuell gehobenen Gesellschaftsschichten geführt worden. Richtig emotional wurde es aber, als es um die Bildungsreformen ging. Da fühlten sich auf einmal alle betroffen: Wissenschaftler, Hochschullehrer, Schriftsteller, Ärzte – alle meldeten sich zu Wort, selbst die wohlhabenden Schichten, die zwar ihre Kinder zum Studium gerne ins Ausland schicken, das Abitur aber normalerweise in Russland machen lassen.

Wie muss die Schule umgebaut werden, um den Erfordernissen der „modernen“ russischen Gesellschaft und der kommerzialisierten Wissenschaft zu entsprechen? Der bei Fachleuten und in der Öffentlichkeit umstrittene Minister für das Bildungswesen, Andrej Fursenko, bemüht sich seit Jahren, das aus Sowjetzeiten stammende Bildungssystem durch ein „neues“ zu ersetzen, das einem neuen Selbstverständnis Russlands entsprechen soll. Die Reformen sind seit 2001 im Gange, doch keine von ihnen, nicht einmal das Ersetzen der Abiturprüfungen durch zentralisierte Abschlusstests nach amerikanischem Muster, ist auf so viel Widerstand in der Gesellschaft gestoßen wie der „neue Bildungsstandard für die Oberschulen“, ein Ende 2010 präsentiertes Dokument, das bereits 2012 in Kraft treten sollte. Heftige Diskussionen begannen und polarisierten die Gesellschaft auf das Schärfste. Denn in diesem Standard manifestiert sich das „neue Selbstverständnis“ Russlands in einer für die Mehrheit der Bevölkerung erschreckenden Weise. Als einen „Irrweg des sowjetischen Schulsystems“ bezeichnete der Minister „den Versuch, Menschen zu er-

schaffen, deren künftige Aufgabe Entwicklung, Kreativität und Produktion sein soll. Unsere Aufgabe“, fährt er fort, „soll darin bestehen, qualifizierte Verbraucher zu erziehen, die die von den anderen entwickelten Produkte kreativ konsumieren können.“ Diese später viel zitierten Worte erlaubte sich der Minister unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Kreis der regierungstreuen Jugendorganisation „Naschi“ („die Unseren“) bei der Sommertagung dieser Organisation am Kurort Seliger im Juli 2007. Später versuchte er, diese Aussage zu relativieren – ohne Erfolg, denn sie stand bereits auf YouTube.

Wie er die „Erziehung eines Verbrauchers“ versteht, zeigte sich in diesem Dokument. Die staatliche Oberschule sollte nach einem Dienstleistungsprinzip reformiert werden. Das Pflichtprogramm sollte auf vier Fächer reduziert werden, wobei eins davon „Sport“ war. Drei weitere waren „Grundlagen der sicheren Lebensführung“ (einst „Grundlage der zivilen Verteidigung“), ein neues patriotisches Fach „Russlands Rolle in der Welt“ und ein „individuelles Projekt“. Noch vier weitere kostenlose Fächer waren zu wählen, weitere Fächer gab es nur gegen Gebühren. „Die Erziehung eines Bürgers und eines Patrioten ist wichtiger als Mathematik oder Physik“, erklärte im Frühjahr 2011 in der Presse einer der offiziellen Autoren des Projektes, der Verleger Alexander Kondakow. Das erste also, was die zum „qualifizierten Verbraucher“ zu erziehenden Kinder des künftigen Russland lernen werden müssen, wird sein, ihre die Bildung betreffenden „Konsumwünsche“ begrenzen zu können, falls das Portemonnaie ihrer Eltern nicht die erwünschte Dicke hat. Der private Kostenaufwand für die einst kostenlose reguläre Schulbildung würde nach Schätzungen von Experten bis zu 180 Euro pro Monat betragen. Dabei liegt der minimale Lohn in Russ-

land im Jahre 2011 bei circa 150 Euro, und selbst Wissenschaftler verdienen im Durchschnitt circa 350 Euro pro Monat.

Der neue „Bildungsstandard für die Oberschulen“ wurde von seinen Befürwortern als Manifestation der Freiheit gepriesen. Ein Schüler könne bereits im Alter von vierzehn Jahren seinen weiteren Lebensweg bestimmen, schwärmten die regierungstreuen Beamten und Pädagogen. Wer künftig in die von der Regierung geförderten Forschungsrichtungen wie Nanotechnologien einsteigen wolle, brauche doch weder Literatur noch Geschichte zu lernen! Die Hauptsache sei, dass er ein richtiger Bürger, ein Patriot seines Landes sei. Die Gegner des Projektes verurteilten ihn dagegen als das Ende der kostenlosen regulären Schulbildung in Russland. Es formierte sich massiver Widerstand, zu welchem nicht nur die Lehrer gehörten, denen erhebliche Gehaltskürzungen und Entlassungen drohten, sondern auch besorgte Eltern. Den Protesten schloss sich auch die „Intelligenzija“ an, die sich aus Tradition als Hüterin der Volksbildung versteht.

Man wies darauf hin, dass das Kommerzialisierungsmodell in den strukturschwachen Regionen bereits zur Schließung von 12000 Dorfschulen geführt habe. Dabei sind von 51500 russischen Schulen 33000 Dorfschulen. Sollte es so weitergehen, wird der Prozess nicht mehr aufzuhalten sein. Mit der Schließung der Schulen sterben die Dörfer, warnen die Experten. Die Prekarisierung der armen Schichten der Bevölkerung wird somit beschleunigt. Laut Meinungsumfragen waren 77 Prozent der Bevölkerung gegen das Projekt.

Die Regierung reagierte prompt. Am 3. Februar 2011 sagte Premier Putin, dass das neue Projekt auf „gut juristisch“ als „Exzess des Ausführenden“ zu bezeichnen sei. Der gelernte Jurist Putin, der in der Öffentlichkeit gern die Begrifflichkeiten eines entsprechenden Milieus ein-

setzt, bezog sich auf § 36 des russischen StGB: Für den Exzess des Haupttäters ist der Anstifter nicht zu bestrafen. Die Regierung gab die Reform in Auftrag, deutete der Premier an. Für den Rausch des administrativen Gehorsams der Beauftragten ist sie nicht verantwortlich.

Kritische Journalisten verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Gelder der *International Bank for Reconstruction and Development* (IBRD) für die Modernisierung des russischen Bildungswesens, die in Russland für die üppige Bezahlung der administrativen Verwaltungsstrukturen und der Autoren der umstrittenen Reformen aus der „Stiftung für strategische Entwicklungen“ der Hochschule für Wirtschaft sorgten.

Ende April 2011 hat das Ministerium für Bildungswesen der Öffentlichkeit die korrigierten Bildungsstandards vorgelegt, die allerdings die kommerziellen Prinzipien der Reform nicht berichtigten. Der Beginn der Reformen wird von 2012 auf 2020 verschoben. Fursenko selbst wird bis dahin zwar kaum Minister bleiben – man spekuliert bereits über seinen möglichen Rücktritt im kommenden Herbst –, aber die Hoffnungen, dass die geplanten Reformen sozialer werden, sind gleich null.

Was wird aus der Wissenschaft?

Sollten die umstrittenen Reformen des Schulwesens ohne Änderungen in Kraft treten, kann die Folge sein, dass die künftigen Bildungseliten Russlands aus den Kindern der dünnen wohlhabenden Schicht rekrutiert werden. Diese Kinder haben allerdings gelernt, dass man mit der Wissenschaft „kein Geld verdient“, und bevorzugen es, sich in den USA oder in England zu Top-Managern ausbilden zu lassen.

Sollte es als Folge an wissenschaftlichem Nachwuchs mangeln, könnte Russland, das über längere Zeit als Exporteur hoch qualifizierter und billiger

Wissenschaftler galt, im Laufe der Zeit zu ihrem Importeur werden, vorausgesetzt, dass Öl- und Gaspreise auch weiter hoch genug sind.

Für Deutschland ist die Entwicklung der Wissenschaft in Russland ein Thema von praktischer Bedeutung. Die Zusammenarbeit in Forschung und Technologie ist eine wesentliche Säule der deutsch-russischen Beziehungen. Am 23. Mai startete in Moskau unter dem Motto „Partnerschaft der Ideen“ das Deutsch-Russische Jahr der Bildung, Wissenschaft und Innovation, das den bereits erfolgreich bestehenden Kooperationen in beiden Ländern eine höhere Sichtbarkeit verleihen wird. In den deutschen Hochschulen und Universitäten arbeiten viele hoch qualifizierte russische Wissenschaftler, die dank der akademischen Austauschorganisationen und Stiftungen in den 1990er-Jahren nach Deutschland gekommen sind. Viele begabte russische Studenten aus den ärmeren sozialen

Schichten wählen zwecks Studiums die deutschen Universitäten (die in Russland einen guten Ruf genießen), und sie werden auch gefördert.

In der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung bilden zum Beispiel nach Auskunft des Abteilungsleiters Ausbildungsförderung, Detlev Preuß, die Stipendiaten aus der Russischen Föderation die „mit Abstand größte Ländergruppe“. Der akademische Austausch und die Studienförderung für begabte Studenten, die ihr Studium nicht finanzieren können, können gerade im Kontext der fortschreitenden Kommerzialisierung des russischen Bildungswesens eine positive, sozial ausgleichende Rolle übernehmen. Irgendwann werden doch selbst die von Profitwünschen besessenen russischen „Eliten“ begreifen müssen, dass sich auch in der Wissenschaft langfristig „viel Geld verdienen lässt“, vorausgesetzt, dass man zunächst in die Volks- und Hochschulbildung investiert.

Bildung für Toleranz und Frieden

„Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (Artikel 26,2)